

## Antrag

der Abgeordneten Mag.<sup>a</sup> Kollermann gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: Dekarbonisierung Niederösterreichs bis 2040 - der Gebäudesektor als erstes Ziel

Die Klimakrise lässt sich nicht durch Ankündigungen und Zielsetzungen ohne konkrete Maßnahmen bewältigen. Das große Teilziel „Dekarbonisierung des Gebäudesektors“ ist ebenso nachvollziehbar wie ehrgeizig, kann aber angesichts des naturgemäß langen Vorlaufs beim Umstieg von Heizung und Kühlung auf CO<sub>2</sub>-arme oder -neutrale Systeme nur dann erreicht werden, wenn kurzfristig ein konkreter, mit umsetzbaren Maßnahmen unterlegter Fahrplan zur Dekarbonisierung erstellt und umgesetzt wird. Die Stadt Wien ist hier mit ihrem Energieversorger „Wien Energie“ Vorreiter beim Erarbeiten einer Dekarbonisierungs-Strategie. Von allen analysierten Sektoren erfordert der Wärmebereich in Wien (Niedertemperaturwärme, d. h. Raumwärme und Warmwasser) die größten Investitionen innerhalb Wiens zur Erreichung der Dekarbonisierungsziele. Insbesondere die in Wien verbreiteten wohnungsindividuellen Gasthermen sind ab 2040 nicht mehr vorgesehen. Die Dekarbonisierung wird daher nur durch einen umfangreichen Systemwechsel bei Heizen und Warmwasser erreicht. Die Fernwärme spielt dabei eine wesentliche Rolle, während Grüngas in der Individualwärme weitestgehend nicht zum Einsatz kommen soll. (vgl. <https://positionen.wienenergie.at/studien/decarb-studie/>)

Niederösterreich als Flächenbundesland mit einem wesentlich geringeren Anteil an großvolumigem Wohnbau steht hier zum Teil vor ähnlichen, zum Teil vor ganz anders gelagerten Herausforderungen. Umso mehr muss dringend eine konkrete Strategie erarbeitet werden, die aufzeigt, wie der Weg aus Gas und Öl aussieht und durch welche Energieformen, Heizungs- und Kühlungsanlagen die bisherigen, fossil betriebenen, ersetzt werden sollen. Begleitumstände wie beschleunigte Genehmigungsverfahren für Windparks und PV-Freilandanlagen, eine Sanierungsoffensive und eine klare Förderungsstruktur, die Hauseigentümern, Wohnbauträgern und Mietern Investitionssicherheit gibt, müssen zwingend Bestandteile dieser Strategie sein.

Neben der Sicherstellung der Finanzierung wird jedoch auch die konkrete Durchführung von baulichen Maßnahmen bzw. die Errichtung adäquater Anlagen durch die Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte begrenzt. Daher ist mit der Erstellung einer umsetzbaren Strategie auch die kurz- und mittelfristige Personalressourcenplanung zu berücksichtigen.

Die Gefertigte stellt daher den

## **Antrag**

Der Landtag wolle beschließen:

"Die niederösterreichische Landesregierung, insbesondere Landeshauptfrau-Stellvertreter für Energie, Landeskliniken und Landwirtschaft Dr. Stephan Pernkopf wird aufgefordert, entsprechend der Antragsbegründung

1. eine konkrete Strategie auszuarbeiten, die aufzeigt, wie der Weg aus Gas und Öl in Richtung Dekarbonisierung im Gebäudesektor gelingen kann und diese dem niederösterreichischen Landtag bis spätestens Dezember 2022 vorzulegen und
2. dem Landtag bis Dezember 2022 eine Gesetzesvorlage vorzulegen, welche beschleunigte Genehmigungsverfahren für Windparks und PV-Freilandanlagen, eine Sanierungsoffensive und eine klare Förderungsstruktur zum Ausstieg aus fossiler Energie im Gebäudesektor beinhaltet."

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.